

Wegweiser:

Bezahlungsbedingungen... Die Redaktion...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 12. März 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Reaktionäres Komplott aufgedeckt.

Generallandschaftsdirektor Kapp und Hauptmann v. Pabst flüchtig. Zwei Verhaftungen.

Wie wir kurz vor Redaktionsschluss erfahren, sind Hauptmann Pabst v. Chain und der bekannte Generallandschaftsdirektor Dr. Kapp, gegen die der Reichswehrminister wegen reaktionärer Untertriebe einen Haftbefehl erlassen hatte, aus ihren Wohnungen geflüchtet.

Schutzhaft gegen die Rechtsbolschewisten.

Von zutunabhängiger Seite wird uns mitgeteilt: In Berlin hat sich einige Zeit ein Treiben einer rechtsradikalen Clique eingelebt, deren Bestreben auf gesetzwidrige und verfassungswidrige Umwälzungen hinzielt.

Der Generallandschaftsdirektor Kapp gehört zu jenen Heißspornen der Reaktion, die auch schon unter dem alten Regime schwere Zusammenstöße mit der Regierung hatten.

Der Krug geht solange zu Brunnem, bis er bricht. Schon die Einspernung des Prinzen Joachim Albrecht und des Rittmeisters v. Glaten diente als Zeichen dafür genommen werden, daß die Regierung entschlossen ist, dem Uebermut reaktionärer Untertriebe ein Ziel zu setzen.

Deutschlands Abrüstung.

Ein Gespräch mit Nothe.

Paris, 12. März. (Z.) Der Reichswehrminister Nothe erklärte dem Berliner Vertreter des "Chicago Tribune" in einem Interview, daß die vorgezeichnete Schließung der Werkstätten von Kiel und Umgebung zum größten Teil durchgeführt ist.

den deutschen Häfen bereit, und diejenigen, die bei Anlegende im Danzwar, wurden sofort demontiert. Die Flugkreuzerkräfte bestehen nur noch aus einem einzigen Grenzschwabe mit im ganzen 2000 Mann, eine Organisation, die eigentlich nicht mehr Flugdienst genannt werden kann.

Deutsch-französische Spannungen.

Paris, 11. März. (Z.) Die Völkervereinigung beschäftigt sich mit den Zwischenfällen vom Dezember in Remel aus Anlaß der Anwesenheit der internationalen bolschewistischen Kommission unter dem Vorsitz des Generals Nizet.

Paris, 11. März. Nach einer Havardmeldung steht zu erwarten, daß die französische Regierung für den in Deutschland gelieferten französischen Soldaten eine bedeutende Entschädigung verlangen wird, ähnlich wie im Fall des Wachtmeisters Mannheim.

Brantinos Programm.

Stockholm, 12. März. (Z.) Das Ministerium Branting tritt in seinem Programm ausdrücklich, daß es die Regierung im Sinne des früheren Kabinetts weiterführen, an die Lösung der sozialen Fragen aber hinsichtlich der Arbeitsverhältnisse im Landtage nicht herantreten werde.

Die Friedensverhandlungen mit Rußland.

Kopenhagen, 12. März. (Z.) "Berlingske Tidende" meldet aus Kowno: Eine litauische Abordnung ist in diesen Tagen in Kowno eingetroffen. Es wird amtlich mitgeteilt, daß sie über den Gefangenenaustausch verhandeln soll.

Deutschland und Italien.

Rom, 12. März. (Z.) Ritti empfing die deutsche diplomatische Mission und erwiderte nachmittags ihren Besuch. "Popolo Romano" bezeichnet das Zusammentreffen als herzlich und höflich.

Ausfahrungen englischer Matrosen?

Nach einer Meldung der "S. J. M." aus Cuxhaven haben Angehörige der Besatzung zweier britischer Torpedozerstörer, die Mitglieder der Entente-Ueberwachungskommission durch die deutschen Häfen führen, minderjährige Knaben und Mädchen an Bord des Zerstörers "Tower Redoubt" gelockt und dort mißhandelt und vergewaltigt.

Der Paps für die Gefangenen.

Washington, 12. März. (Z.) Dem Präsidenten Wilson ist ein Schreiben des Papstes zugegangen, worin um die Freilassung der deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen die noch in Sibirien interniert sind, gebeten wird. Wilson hat noch nicht geantwortet.

Das Urteil im Helfferich-Prozess.

Im Helfferich-Prozess verkündete der Vorsitzende folgendes Urteil: Der Angeklagte wird wegen fortgesetzter übler Nachrede durch die Verbreitung von Schriften in Lateinisch mit fortgesetzter Verleumdung zu 300 Mark Geldstrafe oder im Nichtbeitragsfalle zu 30 Tagen Gefängnis verurteilt.

Das Urteil im Prozess Erzberger-Helfferich ist für den Angeklagten ungünstiger ausgefallen, als dieser wohl nach dem Plädoyer des Oberstaatsanwalts und des Ersten Staatsanwalts, die wesentlich Ausführungen zu seiner Verteidigung waren, erwartet hat.

Tennoch bedeutet das Urteil keinen Sieg des Nebenklägers. Denn die Begründung des Urteils führt aus, daß in den Punkten "Vermischung geschäftlicher und politischer Tätigkeit", "Unwohlthätigkeit" und "Anoneständigkeit" der Angeklagte im wesentlichen den Wahrheitsbeweis erbracht habe.

Im Grunde kommt es jedoch auf das Urteil und seine Gründe kaum noch an. Der Prozess ist von Millionen Menschen verfolgt worden, und diese haben sich selber ihr Urteil über die dort zur Sprache gebrachten Dinge gebildet.

Das öffentliche Urteil über Erzberger ist, das muß offen ausgesprochen werden, nach dem Verlauf dieses Prozesses ein ungünstiges. Seine privatgeschäftliche Betriebsamkeit, wie sie der Prozess aufdeckt, hat wohl nirgends Wohlgefallen erregt.

Aber Helfferichs Schwächen sind keine Entschuldigung Erzbergers. Er wird auch dadurch nicht gereinigt, daß es Mißstände des alten Systems waren, die ihn zu seinen geschäftlichen Unternehmungen verlockten. Hier hat freilich der Prozess etwas aufgedeckt, was der Angeklagte wohl kaum beabsichtigt hat: nämlich das

unkautere Streben amlicher Stellen unter Wilhelm II. einflussreichen Abgeordneten gefällig zu sein, um sich ihre politische Gunst zu sichern. Die Forderungen für Erzberger waren in der Tat sehr stark: Hochfinanz und hohe Regierungskämmer des alten Systems warben um die Weihe und mit teilweise sehr bedenklichen Mitteln um seinen Einfluss, ein anschauliches Bild der „guten alten Zeit“. Aber an Erzberger bleibt die Vorwürfe haften, daß er diesen Forderungen nachgegeben hat, anstatt sie zurückzuweisen. Seine Pflicht wäre es gewesen, die Fährnisse des alten wilhelminischen Systems zu bekämpfen, nicht sich von ihr anziehen zu lassen.

Weniger als den Vorwürfen einer nicht einwandfreien Geschichtsmacherei halten wir die Vorwürfe der Unmährbarkeit und persönlichen Unanständigkeit gegen Erzberger erwiesen. Namentlich sein Verhalten in der Zulieferung kann nicht, wie es das Gericht getan hat, mit der Elle des Klassenlehrers gemessen werden; der dem Schüler die Note über sittliches Verhalten zu schreiben hat. Von einem Politiker, der einen entscheidenden Schlag führt, ist nicht zu verlangen, daß er seine Karten vierundzwanzig Stunden vorher denen aufdeckt, gegen die sich der Schlag richten soll, um ihnen ausgiebige Gelegenheit zu Gegenmaßnahmen zu verschaffen. Unter der Mera des persönlichen Regiments, wo die Entscheidungen über die wichtigsten Staatsangelegenheiten fast regelmäßig hinter den Kulissen fielen, ist gerade von den Gegnern Erzbergers in dieser Beziehung oft tausendmal hinterhältiger gehandelt worden. Wie haben dieselben Leute, die heute über Erzberger Determinatio schreiben, weil er Weismann nicht von seiner Absicht, ihn zu stürzen, verständigte, selber in der infamsten Weise durch Verbreitung von Klatsch und Tratsch, von überflüssigen Unterredungen u. dgl. gegen ihn unbehagliche Staatsmänner intrigiert, nicht zuletzt gegen Herrn von Weismann selbst? Haben sie nicht Herrn von Kühlmann dadurch wegüberheben gesucht, daß sie bei der bigotten Kaiserin seinen „unwürdigen Lebenswandel“ denunzierten und tausend ähnliche Dinge mehr?

Trotzdem ist das, was gegen Erzberger bleibt, erschwerend genug, um die Forderung zu rechtfertigen, daß er sein Amt nicht wieder antritt. Man könnte zwar darauf verweisen, daß in England Lloyd George trotz des Marconi-Skandals die Leitung der Regierung in Händen hat, und daß in Frankreich Clemenceau, der seinerzeit ebenfalls in den Panamaskandal hineingezogen war, bis vor kurzem eine fast diktatorische Gewalt übte. Aber gerade uns Republikanern, die wir an der Reinhaltung der Republik das höchste Interesse haben, ist das kein Vorbild.

Erzbergers positive Leistung soll deswegen voll gewürdigt werden und keinesfalls dürfen durch seinen Abgang die Hoffnungen derer gerechtfertigt werden, denen der Kampf gegen Erzbergers Person nur der Vorwand zum Kampf gegen die Erzbergerische Steuererhebung gewesen ist. Die Nationalversammlung hat gestern durch die Annahme des Landessteuergesetzes einen wichtigen Schritt zur Erledigung des Steuerprogramms getan, sie wird es ohne Rücksicht auf Personen und persönliche Schicksale zum völligen gedeihlichen Abschluß bringen.

Die Urteilsgründe.

In der Begründung führte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Schumacher, u. a. aus:
Das Gericht hält sich bei seiner Entscheidung streng an die Sache. Es urteilt nicht über Regierungsformen, Regierungsmaßnahmen, Politik und Parteien, es handelt nicht Geschichte, sondern befaßt sich nur mit den Angelegenheiten vorgetragener Straftaten und mit der vom Angeklagten dargelegten Verteidigung. Das Gericht legt seiner Entscheidung nur Tatsachen zugrunde, die es für einwandfrei erwiesen hält; ein Verdacht darf nicht Grundlage eines Urteils sein. Der Angeklagte ist der Beschuldigte des Rechenflügers schuldig. Seine Verleumdung der „Republik“ und die Beschuldigung enthalten eine Fülle von Beleidigungen. Diese Beleidigungen sind

als eine unbillige Forderung zu betrachten. Die vom Angeklagten erhobenen Beschuldigungen stehen sich in vier Gruppen: 1. Vermischung politischer Tätigkeit mit eigener geschäftlicher Interessen; 2. Unmährbarkeit; 3. Unanständigkeit; 4. politische Tätigkeit zum Nachteil Deutschlands. Der Angeklagte hat den Wahrheitsbeweis angetreten. Das Gericht hatte daher die Berechtigung dieser Verurteilung zu prüfen. Eine Einschränkung hat eingetretten hinsichtlich der Gruppe 4 und teilweise auch hinsichtlich der Gruppe 2. Die politische Tätigkeit muß völlig ausbleiben. Die Gänzlich- und Betrübnis-Haft, die dem Rechenflüger so oft vorgeworfen wurde, fällt unter keine der erwähnten Gruppen, woraus nicht zu ersehen.

Der Wahrheitsbeweis ist im wesentlichen gelungen.

Die Handlungen eines Menschen lassen sich nur aus Erkenntnis des Charakters beurteilen. Das Gericht mußte sich also ein Bild von dem Charakter des Rechenflügers machen, und es glaubt, dieses Bild in der Verhandlung gewonnen zu haben. Der Rechenflüger ist ein Mann von zweifellos hoher Begabung, vorbildlichen Fleißes und großer Tatkraft. Aber andererseits ein Mann, von beherrschendem Mangel an Urteilskraft und erkennlicher Ungegenwart in allen Dingen. Er ist hoch — das sei zur Erläuterung angeführt — auch in der Hauptverhandlung nicht begriffen können, daß ein Minister nicht, wie das einem Abgeordneten zusteht, fremden Personen Empfehlungsschreiben ausstellen darf. In die Gruppe 1

Vermischung politischer und geschäftlicher Interessen

fällt der Fall Thüßen. Hier liegt eine unzulässige Vermischung der parlamentarischen Tätigkeit mit den eigenen Geschäften des Rechenflügers vor. Im Falle der Schutzhilfe hat der Rechenflüger sich als Aufsichtsrat für die Ausfuhrermittlung eingestellt. Nachdem die Thüßen'schen Interessen mit den Interessen der Allgemeinheit im Widerspruch standen. Das gleiche ist der Fall in der Debatte von Wendel. Im Falle Bergr hat der Rechenflüger auf seinen Fall das Amt als Schiedsrichter annehmen dürfen. Die unbillige Unterfertigung der Bewilligung ist der Stoff eines Staatsvertrages. Es ist unzulässig, daß ein Abgeordneter, der seine Stellungnahme zu bestimmten Fragen festgelegt hat, später in solchen Fragen als Schiedsrichter tätig ist. Der Abgeordnete kommt dadurch in ersten Zwiespalt. Er muß entweder bei seiner öffentlich ausgesprochenen Ansicht bleiben und dadurch unter Umständen das Recht beugen, oder aber er muß von seiner ersten Ansicht abgehen und sich damit in unehrenhafter Weise selbst herabwürdigen. Ein solches Verhalten ist mindestens unanständig. Der Rechenflüger hat das Schiedsrichteramt offenbar angenommen, um Geld zu verdienen. Ferner gehört hierher das Schreiben Erzbergers an den Reichsanwalt über das Kriegsministerium, in dem der Rechenflüger sich für eine Begünstigung der Firma einsetzt, unter Verweisung seiner Beteiligung. Im Falle Anhalt hat der Rechenflüger Aktien in großer Menge von Kommerzienrat Korbner erworben. Als Gegenleistung wurde dabei schließlich auf die Einordnung des politischen Einflusses des Rechenflügers gemacht. Das ist ein Abgeordneter für die Interessen bestimmter Firmen bemüht, ist nicht zu verkennen, sofern die Interessen dieser Firmen mit den Interessen der Allgemeinheit übereinstimmen. Besteht aber ein Gegensatz, so darf der Abgeordnete bei den Behörden, bei denen er vorzulegen wird, keine Beteiligung an der betreffenden Firma nicht verschweigen.

Die Hapag-Aktien hat der Rechenflüger erworben zu einer Zeit, als die Allgemeinheit mit dem Verlust der Handelsflotte rechnete. Der Rechenflüger will nur aus vaterländischem Interesse gehandelt haben, er will nur das Bestreben in die Zukunft haben werden wollen. Dem steht gegenüber, daß die Allgemeinheit von dem Kauf nichts erzielte. Der Rechenflüger hätte aber auf jeden Fall die Aktien abstoßen müssen, bevor er an die Entscheidungsgänge für die Schiffahrtsgesellschaften herantrete. Er hat offenbar seine eigene Kenntnis benutzt, um Vorteil zu erzielen. In die

Gruppe Unmährbarkeit

fällt zunächst der Fall Prellan. Unwahr ist, was Erzberger seiner Fraktion über die Unterredung mit dem Angler Weismann Hüllweg gesagt hat. Unwahr ist, was Erzberger behauptet, daß er dem Reichsanwalt oder dem Angeklagten seine Friedensaktion und seine Friedensresolution angekündigt hat. Aus keiner Tatsache können die Benannten auf einen ähnlichen Schritt des Rechenflügers schließen. Erzberger hat vielmehr dem Angeklagten einen ruhigen Verlauf der Reichstags-Sitzung in Aussicht gestellt. Unwahr ist, was Erzberger am 8. Juli dem Reichsanwalt erklärt hat, nämlich, daß sein Vorhaben lediglich die Schaffung einer parlamentarischen Mehrheit bezwecke. Denn

woll er als verbotener Hülfing und Verschänder allgemeiner Verachtung anheim fiel! Und ähnliche Lügen und Risse fließen überall. Das Stimmliche erscheint so nur als unehrer Zufall, das Werk als ein romantisches Drama, das von den abenteuerlichen Begebenheiten des Königs Nicolo erzählt.

Die Reinhardt'sche Inszenierung, für welche Richard Gliese eigenartig fähigste Hintergründe entworfen, gab farbige einstudische Bilder. Über die Bauern weg suchte die Bühnenmusik von Eduard Künneke den Kontakt der Stimmung festzuhalten. Hartau war in der Darstellung veralteten Schmeichlers und gefährter Würde ein Nicolo, wie ihn der Autor nicht besser wünschen konnte. Alice Verden traf geschickt den übermäßig locken Ton, mit dem die Tochter des Verbannten, als lustige Person verkleidet, das Königsspiel des Balzard zu komponieren hat. In der Gerichtsverhandlung wider Nicolo, die in manchen Wendungen des Königreichs von Gottes Gnaden ergötzt lächerlich, treten namentlich die Schmeichler, die als Beschuldigten Nicolo schänden, trotz des Urteils barzen; und der ihnen an überhöchster Gestattung ebenfalls barzen, durch Leopold verführter, markant-großartiger. Den Schlichtermeister und Thronfolger Nicolo, der seines Amtes soviel besser walte als der in Purpur gehobene, fand in Ernst Dornburg einen guten Kopiantanten. Das Publikum dankte am Schluß mit anhaltendem Applaud.

Courad Schmidt.

Eine internationale Volkshochschule. Die Volkshochschulbewegung hat bei uns in der letzten Zeit gewaltige Fortschritte gemacht. Eine bedeutende Fortentwicklung dieses Gedanken aber wird gegenwärtig in dem klassischen Lande der Volkshochschule, in Dänemark, geplant: man will hier die Volkshochschule in den Dienst der internationalen Verständigung und der Annäherung der Völker stellen. Wie Kaspar Weber in der bei Herder in Freiburg-i. Br. erscheinenden Monatschrift „Stimmen der Zeit“ mitteilt, ist Pet. Rannische, der Leiter der Volkshochschule für die Arbeiterbevölkerung Kopenhagens, mit dem Plan einer internationalen Volkshochschule hervorgetreten. Der Charakter der Schule soll sich im wesentlichen den bewährten Normen der dänischen Volkshochschule anschließen. Es werden aber in dieser Hinsicht nicht nur geborene Dänen, die mehr als eine Art Bindeglied gebildet sind, sondern hauptsächlich junge Leute aus dem Ausland aufgenommen, um dadurch gegenseitiges Verständnis und Sympathie unter den verschiedenen Nationen zu wecken.

Der Aufenthalt der jungen Leute auf der Schule soll ein Jahr dauern. Neben den historischen und literarischen Fächern wird hauptsächlich in sozialen und verfassungspolitischen Fragen unterrichtet, und man hofft, daß sich hervorragende Kenner der Sozialpolitik und Geschichte aus den verschiedenen Nationen finden werden, die hier zu den Vertretern anderer Völker sprechen und auf sie wirken. Um das Zusammenleben und die Annäherung enger und fernerer Völker notwendig zu gestalten, werden nur die Lehrräume in einem Zentralschulgebäude zusammen liegen, die einzelnen Schüler

am Morgen des nächsten Tages, am 7. Juli, bei Urbesitzer Straßmann gegenüber erklärt, daß seine Absicht nur die Sturz Weismann's abziele. Es handelt sich nicht um Unmährbarkeit in einzelnen Fällen, sondern um einen Ruf nach ungerer Unmährbarkeit, wie sie auch durch das Verhalten des Rechenflügers in diesem Bruch bestätigt worden ist. Rechtlich bei der Rechenflüger Auslagen widerstreben müssen, die er nicht mit genügender Sorgfalt gemacht hat. So hat er z. B. im Falle Thüßen die Verbindung Thüßen's mit Kowatzig verschwiegen. Im Falle Bergr hat der Rechenflüger auf mehrfachen Befehlen zunächst geantwortet, die Bereitwilligkeit zum Eintritt in den Aufsichtsrat während seiner schiedsrichterlichen Tätigkeit zugesagt und Bergr mitgeteilt zu haben. In beiden Punkten konnte der Rechenflüger seine Aussagen nicht aufrechterhalten. Bei der Bedenklichkeit dieser Fälle mußte der Rechenflüger sicher unterrichtet sein; sein Betreiben war aber offenbar, diese unglücklichen Umstände nach Möglichkeit verschwinden zu lassen. In die dritte

Gruppe „Unanständigkeit“

fällt, daß Erzberger, der noch am 20. Mai 1917 eine Entscheidung in einem Schiedsgerichtsverfahren zwischen der Firma Bergr und dem Kanonamt unterzeichnet hat, drei Wochen später in den Aufsichtsrat der Firma Bergr eingesetzt ist; die Annahme des Amtes als Aufsichtsrat war lange vorher zugesagt. Das Kanonamt aber wurde von dieser Zusage nichts. Eine Rechtsbeugung ist weder erwiesen noch behauptet. Unanständig ist weiter, daß Erzberger im Falle Bergr als Schiedsrichter ständig einseitige Informationen von der Firma Bergr entgegengenommen hat. Im Falle Thüßen ist zwar nicht erwiesen, daß Erzberger den Sachverhalt im Klaren bereit voranbrachte, damit in Verbindung stand, aber als unanständig muß es bezeichnet werden, daß er die auf solche Weise verschafften Unterlagen zu politischen Zwecken benutzte. Durch die Benutzung des Rechenflügers darauf, daß er nicht anders gehandelt habe, wie jeder andere Angeklagte auch gehandelt hätte, wird nach Ansicht des Gerichts das Verhalten des Rechenflügers nicht entschuldigt. Für alle in der Deutschrift enthaltenen Vorwürfe hat der Angeklagte den Beweis nicht erbracht. Aber auch soweit er erbracht ist, bleiben die Beschuldigungen nicht unzulässig. Die Wahrnehmung berechtigter Interessen ist dem Angeklagten nicht zuzubilligen. Der Angeklagte hat zugegeben, daß er die meisten Tatsachen vorgebracht hat, um ein gerichtliches Vorgehen zu erzwingen. Es bleiben weitere

eine Reihe von formalen Beleidigungen

übrig. Das Gericht hat berücksichtigt, daß im politischen Kampf nicht jedes Wort auf die Waagschale gelegt werden kann. Nach Ansicht des Gerichts bleiben aber die in der Deutschrift enthaltenen Ausdrücke: „Erzberger ist ein Aredschakab“, „der Mann mit der ebernen Stirn“, „ich spreche ihn öffentlich meine Verachtung aus“, „Erzberger ist zu feige“, „er brüht zum Schaden Deutschlands den „Kaiserstuhl“ heraus“, „Ehrenwort“ liegt auf dem Fall vor. Bei Erörterung der Angelegenheit lag ein Angriff auf den Angeklagten nicht vor. Ein Ausgleich der Beleidigungen ist nicht möglich, auch nicht im Hinblick auf die Strafzumessung war zu berücksichtigen, daß der Angeklagte aus vaterländischen Motiven gehandelt hat.

Monarchisten und Präsidentenwahl.

Abscheu vor indirekten Wahlen.

Der Sturm auf der reaktionären Parteien gegen die in Ertragung gezeugene Verfassungsänderung dauert mit unverminderter Stärke an. Um dem allmählich etwas abgeklärteren Argument, wir fürchten uns vor der Hindenburglandidatur, ein neues hinzuzufügen, spricht die „Tägliche Rundschau“ von der Wiedereinführung „indirekter Wahlen“, für die der „Vorwärts“ begeistert eintritt. Wahlen, die er früher unter dem alten System aufschob und mit Mitteln der Straßendemonstrationen und der Massenstreiks bekämpft hatte.

Eine größere Fälschung und Verfälschung als diese Behauptung der „Rundschau“ ist nicht zu denken. Das Blatt spekuliert hierbei auf das schlechte Gedächtnis seiner Leser, von denen es offenbar erwartet, daß sie vergessen haben, was unter dem alten System indirekte Wahlen bedeutete. Sie war ein ausgeklügeltes System komplizierter Wahlmethoden zum Zweck der Entziehung der freien Volkswaffen, sie diente nicht dazu, die vom Volkswillen erwählten Männer in die Parlamente zu senden, sondern mit-

zulesen in Gruppen von 10 bis höchstens 24 in kleineren Häusern unter einem Hausvater zusammenzuwohnen. Auch der Körperlichen Arbeit, besonders der Gartenarbeit, wird mehr Zeit gewidmet werden als sonst auf der Hofschule, weil nichts die Menschen einander näherbringt als gemeinsame Arbeit, und weil dadurch auch zugleich betont werden soll, daß unsere Zeit nur durch Arbeit gedeckelt werden kann.

Die Gründer und Beförderer dieses Bares, zu denen führende pedagogische Fachmänner Dänemarks und Englands gehören, glauben, daß ein solches friedliches und legendarisches Zusammenleben von Angehörigen der jetzt im Hof einander entfremdeten Völker viel zur Vorbereitung des wahren Friedens beitragen könne.

Friedrich Kayfers Göttergötter. Wenn der Kritiker seine eigene Heberkühnheit empfindet und nichts inniger als die Notwendigkeit fühlt, rechtlos im Werk des Dichters, das ein echter Künstler verfertigt, unterzugehen — dann ist's beste Recht. Das fälschten wir, als wir Kayfers Götter lesen hörten. Über den Künstler hinaus erhob sich der Alte von Weimar, der weiße, der hieher Götter, der Götter, den wir „Climpfer“ nennen. Und da wir nicht wünschen, daß Goethes Speck über die Reagenzien auch uns betreffe, wollen wir mit Kayfers Auffassung des „Erlkönigs“ und des „Ritters“ nicht rechten. Es war ein schöner, schöner Abend. wp.

Hilfsunterricht in einem Berliner Gymnasium. Der erste größere Versuch mit kinematographischen Unterrichtsstunden steht im Gymnasium zum Grauen Kloster bevor; nach Ostern wird eine planmäßige Ergänzung des Unterrichts durch Kinostunden durchgeführt werden. In der Schule selbst wird durch die Zeitschrift „Der Lehr-In“ ein Vorübungsjaal eingerichtet, in dem auch die Erprobung neuer Lehrfilme und neuer technischer Einrichtungen erfolgen soll. Ein bemerkenswerter Anfang.

Theater. Am Großen Schauspielhaus findet am Sonntag, 20. März, die Aufführung der dramatischen Fälschung „Der weiße Heiland“ von Herbert Hauptmann statt.

Der neue Vertragsbruchfall der Staatsoper betrifft Heinrich Schumann's. Der Künstler ist wohl nicht ganz ohne Schuld. Der Fall scheint aber nicht schwer zu liegen, so daß ein friedliches Ende möglich sein dürfte.

Das proletarische Theater veranstaltet am 23. und 24. März 2 Vorstellungen. Geht mit: „Der Bauer und der Fremde“ von Tschok und das Schauspiel: „Die Arbeit“ von Gerber's Franz. Zum Schluß werden zwei andere Gedichte registriert. Die Vorstellungen finden statt am 25. März, abends 7 1/2 Uhr in den Festsaal, alle 8 Uhr, 22. am 28. März, nachmittags 1/2 Uhr in den Festsaal, abends 142. Eintrittspreise 2,10 M. (inkl. Steuer). Vorverkauf in der Goldschmiede, Calandstraße 27 (von 12 bis 4 Uhr).

Die letzten ersten Reaktionen hogen am 18. März Oscar Lindig Brandt und Margarete Brandt, Jacobsen im Weiskopf vor.

Die Zustände im bolschewistischen Moskau gestaltet der Roman eines neuen russischen Schriftstellers: Die schwere Stunde von Viktor Gant. Der Verlag von Paul Cassirer, der das Bert-Brenn-Verlag, nennt es die erste literarische Volkshochschule aus dem neuen England.

Wedekinds „König Nicolo“.

Theater in der Königgräfer Straße.

Das Stück, das, bald nach seinem Erscheinen 1907, in ausgezeichneter Darstellung über Reinhardt's Bühne ging, hieß damals nicht einfach „König Nicolo“, sondern gekennzeichneter und verheißungsvoll: „So ist das Leben“. Der Grund, weshalb dann der verlorene Dichter diesen Titel später hat fallen lassen, mag wohl die Empfindung gewesen sein, daß die Symbolisierung von König Nicolo's Geschichte zum Ausdruck allgemeinen Menschenlebens, wie sie ihm ursprünglich vorstrebte und vom Prolog versprochen wird, in Worte selbst nicht mit hinreichend überzeugender Kraft gelangen ist. Nun, der lange unbeachtet schuf und der plötzlich berühmt und überauswiegend gefeiert, sich auch dann noch in seine feine Schöpfung verkannt erwählte, erschien Nicolo ein verkanntes Wesen. Er liebte diesen Wedekind, in dem man nach seinem „Geist“, jenem „Marquis Reilly“ und anderen Werken den Schmerzvoll unglücklichen Verkörperer jeder Sehnsucht nach einem tieferen Sinn des Lebens sah, fühlte sich — so sonderbar das anmutet — zugleich als eine Art von Katalisten, der gleichfalls Forderungen aufstellt und die Welt berühren möchte. Aber die tragische Ironie des Lebens kreist mit dem Wesen und Tischen, das in dem Menschen steht, ihr Rollenpiel. Torheit und Unwissenheit gehen alles Höhere zur Vernunft herab. So hört das schreiende Volk, auf der Wanderschaft verkommen, als der geküßelte Nicolo auf breiterem Grund den König ruft und seinen Königsglauben ausstrahlt, aus alledem nur einen lustigen Scherz heraus. Und das wiederholt sich bei den Vätern seiner Vaterstadt.

Gewiß ist, daß dieser Einfall mit seiner frappanten Kontrastierung von Schein und Wirklichkeit, dahierisch durchgeführt, als ein bedeutsam tiefes Sinnbild hätte wirken können. Aber in dieser Dichtung, die Wedekind als sein Lieblingswerk gegolten hat, blieb ihm wie auch sonst so oft das Bewußtsein der Forderung gegenüber dem zusammenhängenden Gedichte, in welchem die Abstraktion des Gedankens lebendige Gestalt gewonnen hätte. Statt eines psychologisch vertiefenden Charakterbild der Hauptperson und eines Ausdrucks, der die einzelnen Momente zum Ganzen und zur Ganzheit in innere Beziehung setzt, bietet sich dem Blick eine Banalität der Motive, die durch die Billigkeit, die sie zeigt, ermüden muß. Es häufen sich da Widersprüche, für welche man vergeblich nach Erklärung sucht. Eben dieser Nicolo, der nach seinem Sturz als die Verkörperung selbstigen Selbstsinns geschilfert wird, ist von dem Volke seiner Vaterstadt bezichtigt und durch einen anderen Betrüger ersetzt, nicht etwa darum, weil seine Güte in dem politischen Selbsthaltungskomplex der Bevölkerung zurückgeworfen, sondern

steht einer raffiniert gehandhabten Methode gerade den Volkswillen illusorisch zu machen.

Nicht handelt es sich nicht um direkte oder indirekte Wahlen, sondern um das Verhältnis zwischen der direkt gewählten Volksvertretung und dem Reichspräsidenten. Es ist noch kein Mensch eingetroffen zu behaupten, die französische Republik sei deshalb un-demokratischer als die nordamerikanische, weil der Präsident dort infolge der Parlamentswahl eine bescheidenere Stellung einnimmt als hier infolge der — im übrigen auch indirekten — Volkswahl. Die plötzliche Liebe der Monarchisten zur Demokratie erklärt sich nur aus ihrem offen ausgesprochenen Plan, die Republik durch Mißbrauch schein-demokratischer Einrichtungen wieder zu vernichten. Im übrigen haben wir schon ausgesprochen, daß wir um Mittel, diesen Plan zu durchkreuzen, auch dann nicht verlegen sein werden, wenn es bei der Volkswahl des Reichspräsidenten verbleibt.

Tarifvertrag und Arbeitszeit.

Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ ist eine Verordnung in Vorbereitung, die dahin geht, daß in den Tarifverträgen eine höhere Arbeitszeit ohne vorherige behördliche Genehmigung vereinbart werden kann. Wie wir dazu von zuständiger Seite erfahren, handelt es sich vorläufig nur um Erwägungen, die eine greifbare Form noch nicht angenommen haben. Nach den bestehenden Bestimmungen ist bekanntlich bei einer Erhöhung der Arbeitszeit die Genehmigung des Demobilisierungskommissars notwendig. Sollte eine Veränderung vorgeesehen werden, so käme lediglich eine Aufhebung dieser Beschränkung in Frage. Um einen grundlegenden Anstoß würde es sich also nicht handeln.

Die Teuerungszulagen der Beamten.

In der Abendausgabe vom 14. Februar d. J. gaben wir einigen Zuschriften Raum, in denen über nachlässige Auszahlung der 150prozentigen Erhöhung der Teuerungszulage für Beamte geklagt wurde. Man sollte annehmen, daß die Auszahlung jetzt endlich, nachdem die Bewilligung bereits fast ein Vierteljahr zurückliegt, restlos durchgeführt ist. Weit gefehlt. Die Provinzialschulbehörde in Königsberg, die schon auf unserer ersten Liste der Sammelstellen stand, und deren Verhalten auch in anderen Angelegenheiten und nicht gerade im ruhigen Lichte geschildert wird, hat zwar die Auszahlung des Zuschlags an die Kollegen der höheren Lehranstalten, aus deren Kreisen zum Teil das Material zu unserer ersten Notiz stammt, schleunigst verfügt, anderen, ihr unterstellten Beamten hingegen noch, wie es scheint, gerade den Besten und Bedürftigsten, die Zulage noch immer vorenthalten. Die Flüchtlingslehrer z. B. haben bis auf den heutigen Tag noch keinen roten Heller zu sehen bekommen. Als man am 19. Februar eine bescheidene Anfrage machte, erteilte die Kreisinspektion die flüchtige Antwort, die Regierung hat vom Minister noch keine Anweisung zur Auszahlung erhalten. Wahrscheinlich sitzt das hochwohlwollende Provinzialschulkollegium in Königsberg auch heute noch da und wartet auf die „Anweisung“. Daß die Beamten in der Zwischenzeit durch das Sinken des Markwertes einen realen Verlust erlitten haben, läßt Herr B. oder wie die Herren, die jungen, geistungsunfähigen Seminaristen den Weg zur Zukunft verdauen, heißen mögen, wenig. Es läßt sie den Teufel was, wenn so ein armes Schulmeisterlein klagt: „Die große Teuerungszulage ist durch die frühe Auszahlung — denn wann werden wir dieselbe erhalten? — illusorisch. Vor 4—6 Wochen hätte sie noch etwas geholfen, jetzt, wo alle Bedarfsartikel um 100 bis 200 Proz. sprunghaft in die Höhe gegangen, nicht mehr.“ Es läßt sie den Teufel was, wenn es sich gerade um Flüchtlingslehrer handelt, die Haus und Amt und Heimat verloren haben. Und scheint, es ist an der Zeit, einmal recht unheimlich in diese Königsberger Ecke hineinzupeitschen und eine kleine Umorganisation in der Zusammenfassung des Provinzialschulkollegiums vorzunehmen.

Haferenteignung in Bayern.

Zur Nachahmung empfohlen.

München, 12. März. (Z.) In Bayern sind bis jetzt nur 21 Proz. der Haferumlage aus der Ernte 1918 ausbezahlt, und der Landwirtschaftsminister hat infolgedessen angeordnet, daß in solchen Fällen, in denen Landwirte die schuldtige Ablieferung ohne genügend rechtfertigenden Grund verweigern, zur Entzignung und Strafanzahlung zu streiten ist.

Bayern erhält Reichspost.

München, 12. März. (Z.) Der Finanzausschuß des bayerischen Landtages hat mit allen gegen 5 Stimmen den Staatsvertrag über die „Verzinslichung“ der Post angenommen. Der bayerische Regierungsvorstand stimmte dagegen. Die bayerische Volksversammlung erklärte, daß sie nur unter dem Zwange der Reichsverfassung zustimme.

Teuerungszulagen für Staatsbeamte in Württemberg.

Stuttgart, 12. März. (Z.) Der Landtag nahm den siebensten Bescheid an der für Teuerungszulagen an Staatsbeamte, Lehrer, Geistliche und staatliche Arbeiter 38 Millionen Mark entsprechend den vom Reich festgesetzten Grundgrößen. Finanzminister Dießing schwerte in seiner Begründung der Vorlage die gedrückte Wirtschaftslage, aus der Deutschland nur mit Hilfe der übrigen Länder herauskommen konnte. Nur das Vertrauen der Welt zu gewinnen, müsse das deutsche Volk Ruhe und Ordnung halten und zur Arbeit zurückkehren.

Die deutschen Kriegsgefangenen in Rußland.

Unter dieser Überschrift veröffentlichte der „Vorwärts“ in Nummer 114 vom 2. März 1920 einen Bericht über eine Untersuchung mit Herrn Rothfogel, dem Vorsitzenden des Deutschen Zentralrates in Moskau, zu dem von Herrn Rothfogel folgende Vernehmung überliefert wurde: „Es ist nicht zutreffend, daß Herr Rothfogel an den Verhandlungen über den Austausch der Kriegsgefangenen zwischen Deutschland und Sowjet-Rußland teilnimmt. Er ist indessen von den Leitern der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene über die derzeitigen Austauschmöglichkeiten der deutschen Gefangenen aus Rußland als Sachverständiger zu Rate gezogen worden. Ferner ist auch die Meinung, daß von deutscher Seite nicht die geringste Unterstützung für die Kriegsgefangenen

bewilligt würde, dahin richtigzustellen, daß von den Seiten mit der Gefangenenerhaltung betrauten deutschen Stellen, dem früheren Kriegsgefangenenrat und dem Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene, der Qualifikationsfähigkeit des Moskauer deutschen Arbeiter- und Soldatenrates in jeder Weise Unterstützung gewährt wurde. Alle Bemerkungen dieser beiden Stellen wurden jedoch dadurch erwidert, daß deutsche Kruppenverbände an den Operationen der Weissen Armee gegen Sowjet-Rußland teilnahmen und unter den in Deutschland befindlichen russischen Kriegsgefangenen antideutsche Propaganda nicht verhindert wurde, so daß die Sowjet-Regierung sich infolgedessen gezwungen sah, im August d. J. die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen zu untersagen.“

Rudolf Rothfogel.

Das Schwerekriegsbeschädigten-Gesetz angenommen.

Die Nationalversammlung erledigte heute das Schwerekriegsbeschädigten-Gesetz, das in dritter Lesung gegen die Stimmen der Rechten unbeschadet angenommen wurde. Sodann den Bescheid über die Beschäftigung von Schwerekriegsbeschädigten, das jeden Arbeitgeber verpflichtet, einen Schwerekriegsbeschädigten für eine offene Stelle anderen Bewerber vorzuziehen. Die Vorlage wurde in erster, zweiter und dritter Lesung einstimmig angenommen, ebenso ein Antrag zugunsten der Kriegsblinden. Das Haus vertagte sich dann auf Donnerstag, den 18. März, 1/2 Uhr (Reizet, Uebergang der Eisenbahnen auf das Reich).

In einer öffentlichen Kundgebung des Friedensbundes der Kriegsgefangenen am Sonntag (11 Uhr vormittags, Kammerstraße, Zeltower Str. 1/4) werden neben Hauptmann Roper, Otto Kufche, Karl Seiler, Ignaz Wrobel und Arthur Zidler auch Prof. Schmitzsch aus dem Kameraden Gauß für die französischen Kriegsgefangenen zu Wort kommen.

Wirtschaft

Landwirtschaftliche Verwertung. Im Kreis Cammin i. Pom. liegt ein Gut, das neben Wald und Wiesen eine Ackerfläche von circa 460 Morgen besitzt. In den letzten Jahren betrieb hier ein Wirtschaftsbetrieb, der jeder Beschreibung spottet, da sich die Verteilung der Güter in den denkbaren unglücklichsten Händen befindet. Ein Teil des Acker ist seit zwei Jahren mit keinem Ackergerät bebaut, und auch der übrige Acker ist nach jeder Nutzung als verwaist zu bezeichnen. Dem zuständigen Kreiswirtschaftsamte sind diese traurigen Zustände in hohem Umfange bekannt, wofür folgendes Schreiben deselben angeführt wird: „Zu beabsichtigen zunächst mit G. in Zwangsverwaltung zu nehmen. Ich möchte hierbei bemerken, daß nach dem Ausspruch mehrerer Sachverständiger aus dem Gut auch bei bester Bewirtschaftung in den nächsten Jahren kaum die Kosten der Wirtschaftsführung herausgemittelt werden können.“

Kraut man sich bei diesem Urteile nicht unwillkürlich, wie ist es mir möglich, daß ein Gut von 460 Morgen auf diesen Tiefstand sinken konnte, und gab es kein Mittel dem vorzubeugen? Darum ist hier nicht schon längst von berufener Seite eingegriffen und Abhilfe geschaffen?

In einem Ausländerverkauf. Das seltsame Interesse für die Aktien der „Nation“ Bangesellschaft erklärt sich dadurch, daß dieses Unternehmen an der Handelsgeellschaft „Bellocolliance“ A. G. fast interessiert ist, deren Besitz in der Friedrichstraße an einen Ausländer verkauft worden ist. Die Aktien haben sich heute auf 200 Preis.

Teufel oder Plantenwirtschaft? Der Zustand menschlich der größten süddeutschen Zuckerfabriken von Stuttgart, Heilbronn, Tübingen und Frankfurt ist erfolgt. Bei dem heute bestehenden Wirtschaftssystem läßt sich im Falle der Preissteigerung das Reichsministerium nicht umgehen. Die Verwaltungen der einzelnen Fabriken planen durch gerogelte Zusammenarbeit, die namentlich für den Bezug von Rohanzug aus den verschiedenen Anbauländern und die damit verbundene ordnungsmäßige Bestellung von Wagen entscheidend ist, den Produktionsprozess zu vereinfachen.

Italienische Wirtschaftslage. Die sozialistischen Genossenschaften Italiens wollen mit den deutschen Konsumgenossenschaften über einen direkten Güteraustausch verhandeln. Außerdem wollen sie und die sozialistische Fraktion zusammen eine wirtschaftspolitische Mission zum Sowjetwertener nach Moskau entsenden, die die späteren Maßnahmen für die Entsendung einer Mission nach Rußland vorbereiten soll.

Die Holzpreise steigen weiter. Die fortgesetzten Steigerungen der Arbeitslöhne und die hohen Kosten des Abtransports von Rundholz aus den Forsten bringen eine Unannehmlichkeit in die Sägewerksindustrie, die bereits dazu geführt hat, daß viele Betriebe überhaupt keine Angebote mehr an ihre Kundenchaft entgegen lassen. Die Preise für neue Stammware sind im Zeitraum von acht Tagen von 1800 auf 1500 M. je Festmeter gestiegen, nachdem die Bewertung des Rundholzes im Durchschnitt wesentlich teurer geworden ist. In der Kränzel- und in der Lössberg a. B. wurden von Sägewerksbesitzern mehr als 900 M. je Festmeter Rundholz als Wad gemacht. Infolgedessen betragen die Forderungen für den Kubikmeter Schnittholz, das aus diesem Rohholz hergestellt wird, 1800 bis 1900 M. Bezahlt wurden diese Preise bisher nicht. Doch ist es möglich, daß in Kürze schon derartige Preise bewilligt werden. Der Holzhandel am Rhein und in Weitalen ist besonders holzdringig. Seine Käufer bereiten die ostdeutschen Sägewerke.

Groß-Berlin

Große Unregelmäßigkeit beim Lichtenberger Lebensmittelamt.

Die jährige Lichtenberger Stadtratsversammlung beschäftigte sich in der Hauptsache mit den geradezu ständischen Mißständen in der Lebensmittelversorgung, die für die Stadt gewaltige Verluste zur Folge hatten. Im Auftrage einer zur Untersuchung der Verhältnisse eingesetzten Kommission berichtete Genosse Brandt. Aus seinem Bericht ergab sich, daß der ehemalige Leiter des Lebensmittelamts Dr. Junge durch teilweise überhöhte Einkäufe und eine nicht einwandfreie Geschäftsabwicklung die außerordentlichen Verluste verursacht hat. U. a. bezog die Stadt durch einen Einkauf von 5000 Zentnern Weizen über 1000000 M. Der Verlust beim Ab- und Gemischtauf betrug nahezu 150000 M., bei einem Reingehalt in Höhe von 100000 M. gerade die Hälfte, nämlich 50000 M. Ein Käsegeschäft kostete einen Schaden von 30000 M. und ein Kornelabengeschäft einen solchen von rund 40000 M. An den zuletzt noch in den städtischen Lagern befindlichen Vorräten dürfte die Stadt etwa 100000 M. einbüßen. Weitere Verluste sind durch die Vergabe von Vorschüssen an Leute entstanden, die nachher nur ganz geringe Mengen zu liefern imstande waren. Die Folgen davon sind, daß die Lebensmittelverwaltung mehr etwas von dem weit über die 100000 M. gehenden Vorrat sehen wird. Der Kommission war weiter aufgegeben, daß eine übermäßig große Anzahl von Anträgen für die Gewährung von Krankennahrung ausgefertigt wurde. Ihre Zahl belief sich monatlich auf circa 300. Ein einziger Lichtenberger

Arzt hat im ganzen 1156 Rationen ausgestellt. Die Kommission beschloß, den Magistrat zu ersuchen, diese dieses Arztes nicht mehr anzuerkennen.

Der jetzige Leiter des Lebensmittelamts, Stadtrat Wiska (N. S. P.) erklärte, daß der Magistrat allen Verfügungen rückwirkend nachgehen werde. Er teilte mit, daß die Kartoffelförderung der Stadt dadurch sehr gelitten hätte, daß im Herbst des vorigen Jahres 20000 Zentner Kartoffeln, die für Lichtenberg bestimmt waren, ertroren sind. Die Reichsministerialstelle habe aber 10000 Zentner Weizen für Kartoffeln zugekauft, so daß die Versorgung in absehbarer Zeit besser werden dürfte. Bürgermeister Dr. Marisch meinte, die Verluste wären zwar sehr erheblich, aber im Vergleich zum Gesamtumfang nicht so groß. Er wies darauf hin, daß der Magistrat seinerzeit Dr. Junge auf Wunsch der Kommission entlassen habe, da er als Angestellter des Magistrats gleichzeitig Privatgeschäfte gemacht habe.

In der weiteren Aussprache wurde von bürgerlicher Seite die Zentralisierung der städtischen Lebensmittelversorgung gefordert. Der Zentrumsvertreter Dr. Schmidt erklärte, daß Dr. Junge nicht nur untreu, sondern auch gänzlich unfähig gewesen sei, seine Aufgaben zu erfüllen. Dem Dr. S. hätte die massenweise Austilgung von Krankenrationen jährlich die „Heinigkeit“ von 36000 M. gebracht. Natürlich seien sie in der Weizenzahl bei näherer Prüfung als durchaus unberechtigt befunden worden. Vom Magistrat wurde mitgeteilt, daß öffentlich bekanntgegeben wurde, daß die von Dr. S. ausgestellten Rationen keine Gültigkeit mehr haben. Die Beiratsmitglieder des Untersuchungsausschusses wurden im Rahmen des § 37 der Stadtordnung erweitert.

Sonderausrichtungsausschüsse in Groß-Berlin.

Für die Betriebsräte wählen bei staatlichen und Gemeindebehörden hat die preussische Staatsregierung soeben eine Ausführungsverordnung erlassen, die die Zuständigkeiten der einzelnen Behörden regelt. Für die Verwaltungen des Staates, die staatliche Hoheitsrechte ausüben, werden Sonderausrichtungsausschüsse errichtet. Die Errichtung erfolgt für den Regierungsbezirk (für den Regierungsbezirk Potsdam mit Ausschluß der zum Zweckverband Groß-Berlin gehörigen Bezirke) und für den Bezirk des Zweckverbandes Groß-Berlin (Sonderausrichtungsausschüsse). Es ist ein unparteilicher Vorsitzender zu bestellen. Als solcher wird vom zuständigen Regierungspräsidenten, in Berlin vom Oberpräsidenten ein richterlicher Beamter berufen, der von dem für den Bezirk zuständigen Oberlandesgerichtspräsidenten bezeichnet worden ist. Die beiden ständigen Mitglieder und ihre Stellvertreter werden von dem Regierungspräsidenten, für den Zweckverband Groß-Berlin von dem Oberpräsidenten berufen, und zwar soweit möglich auf Grund von Vorschlägen, die für die Vertreter der Verwaltungen des Staates von den Vorständen der Behörden und für die Vertreter der Arbeitnehmer von den beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer eingereicht werden können. Neben dem Vorsitzenden der Ausschüsse wird für das Staatsgebiet ein Generalschlichtungsausschuß als Sonderausrichtungsausschuß errichtet. Es ist ein unparteilicher Vorsitzender zu bestellen, der vom Präsidenten des Staatsministeriums berufen wird; der Kammergerichtspräsident bezeichnet ihm hierfür einen richterlichen Beamten. Die beiden ständigen Mitglieder dieses Ausschusses werden gleichfalls von dem Präsidenten des Staatsministeriums auf Grund von Vorschlägen berufen.

„Soll und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postauflage bei.

Die Not unserer Fachschulen.

Auf der wirtschaftlichen Fortschritt, im Besonderen für die Erziehung sachverständiger Arbeiter, die fachliche und künstlerische Ausbildung unserer Lehrlinge, Gehilfen und Meister von außerordentlicher Bedeutung. Leider sind unsere Fachschulen infolge der so außerordentlich gestiegenen Unterhaltungskosten der Werkstätten in schweriger Lage, denn die notwendigen Maschinen, Werkzeuge, Materialien sind so teuer geworden, daß die Stadt der Gemeinden, die die erheblichen Kosten für die Befolgung der Lehrlinge, für Mieten, Gas, Wasser, Elektrizität usw. aufbringen müssen, hier vertragen.

Die Deputation für die städtischen Fach- und Fortbildungsschulen hat auf Montag, den 15. März, abends 8 Uhr, eine Versammlung im Bürgeraal des Rathauses abgehalten und ladet die interessierten Kreise der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hierzu ein.

Wir hoffen, daß alle Handwerker und Industriellen, des Handels und Gewerbes sich beteiligen, die Zentralarbeitsgemeinschaften und Gewerkschaften recht zahlreiche Vertreter entsenden werden. Wenn unser Fachschulwesen auf seiner jetzigen Höhe nicht mehr gehalten werden kann, dann wird es auch bald an dem Nachwuchs fehlen, den wir zum Wiederaufbau benötigen. —astr.

Friedenan. Aus der Gemeindevertretung. Um bei der diesjährigen Einwohnerwahl die Durchführung der „Kandidaten“, sowie alle Personal- und finanziellen Angelegenheiten zu übernehmen und die Einwohnerwahl von politischen Einflüssen zu bewahren, ist auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion aus der Mitte der Gemeindevertretung ein Ausschuss gewählt worden. — Leber den Antrag der unabhängigen Fraktion auf Aufhebung des Verlagerungszustandes und Preisüberhöhung wurde mit Rücksicht darauf, daß dieses keine Friedensauerkommunal-Angelegenheit sei, zur Tagesordnung übergegangen. — Ein Antrag der Demokraten auf Verabschiedung des Bürgerhauses im hiesigen Rathaus an Verabschiedung der Tagesordnungen wurde abgelehnt, weil die Beschaffung der für die Bewirtschaftung erforderlichen Einrichtungen gegenstände ganz enorme Mittel erfordern würde, deren Vergabe für solche Zwecke des Bürgerhauses und der „Tagesordnung“ kaum zu rechtfertigen wäre. — Den Gemeindefacharbeitern und nicht händigen Bureauhilfskräften wird vom 1. Januar bis 31. März 1920 eine monatliche Lohnsteigerung von 75.— M. für Ledige und 90.— M. für Verheiratete, für jedes Kind 20.— M. gewährt. — Das Schulgeld für die höheren Lehranstalten wurde gemäß dem Groß-Berliner Muster auf 240.— M. für die Gymnasien und Lyzeen, 180.— M. für Realgymnasien und 120.— M. für Mittelschulen festgesetzt. — Die auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion im Rathaus errichtete Rechtsauskunftsstelle, die Dienstag und Freitag von 6—8 geöffnet ist, erfreut sich eines sehr regen Zuspruchs. Die Auskünfte werden unentgeltlich durch einen erfahrenen Juristen an jeden Friedenauer Einwohner erteilt.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Genussstoffe. Es gelangen zur Ausgabe Sonnabend: 125 Gramm Größe (A 3), 250 Gramm Gruppen (A 4), 350 Gramm Gruppen (A 5). Dienstag: 500 Gramm Rindfleisch (a 6). Für Kinder bis zum 14. Lebensjahr 2 Tafeln Reis. Mittwoch: 10 Gramm Sago (B 16).

Pachholz. Als Kartoffelersatz an Kartoffelersatz 11 d. — g. 200 g. Brot. Kinder bis 4 Jahren und alle Leute über 60 Jahre bis Sonnabend in der Gemeindeverkaufsstelle 250 g. Reis.

Groß-Berliner Parteiausgaben.

Montag, 12. März.

Genossenschaftliche Vereinigung (G. V. V.). Ortsgruppe Bismarckstr. 74, 11c im Schlangental der Handlungsschule, am Sonntag, Sonntagabend. Bitte willkommen.

Gewerkschaftsbewegung

Mißglückter Vorstoß gegen den „Vorwärts“

In der Funktionärerversammlung der Straßenbahner, deren Beschlüsse wir in der heutigen Morgennummer mitgeteilt haben, ließen es einige radikale Geisthörner für angebracht, die Beschlüsse über die Lohnbewegung mit einer Attacke auf den „Vorwärts“ zu eröffnen.

Man beantragte die Ausweisung unseres Berichterstatters. Als Grund für dieses Verlangen wurde angegeben, der „Vorwärts“ habe über eine frühere Versammlung einen Bericht gebracht, der unrichtig und verdrüssend gewesen sei, und ein Abnehmer verweigert sich sogar zu der Behauptung, der Bericht sei erlogen gewesen.

Gemeint ist jedenfalls der Bericht über eine Versammlung, die sich mit Vorgängen beschäftigte, welche sich infolge des mißlungenen Streikverfalls abspielten, den einzelne Funktionäre der Straßenbahner, ohne diese zu befragen, zugunsten der streikenden Metallarbeiter ins Werk setzten wollten. Dieses selbstherrliche, den Grundgesetzen der Demokratie ins Gesicht schlagende Vorgehen einzelner hat natürlich nicht unsere Zustimmung gefunden. Das brachten wir in dem Bericht zum Ausdruck. Nicht eine ungeschickliche oder gar einseitige Wiedergabe von Tatsachen — von einer solchen kann gar keine Rede sein — sondern die Kritik an ihrem Verhalten ist es, worüber sich die radikalen Elemente entrufen. Für sich nehmen sie das Recht in Anspruch, den Andernden in der schärfsten Weise zu kritisieren und heranzureißen. Wenn aber über eigenen Handlungen kritisiert werden, dann möchten sie den Kritiker bestrafen. Als Strafe für mangelndes Wohlverhalten haben doch wohl die Befürworter des Antrages die Ausweisung des „Vorwärts“-Berichterstatters angesehen. Das ist die Freiheit der Meinungsäußerung, wie man sie in den Reihen radikaler Worthelden aufsaßt.

Der lediglich aus Parteihoch geborenen Antrag gegen den „Vorwärts“ (der bürgerlichen Presse nimmt man es anscheinend nicht übel, wenn sie selbst gegen berechtigter Arbeiterforderungen Stellung nimmt) fand in der Versammlung keinen Anklang. Von etwa 150 Anwesenden stimmten nur 4 bis 6 für, alle übrigen aber gegen den Antrag. — Der blinde Haß ist also wieder einmal der besseren Einsicht unterlegen.

Ein Vertrauensvotum für den Vorstand des Steinseherverbandes.

Der in Dresden tagende Verbandstag der Steinseher nahm am heutigen Freitag mit allen gegen 14 Stimmen einen Antrag Charlottenburg, dem Vorstand das Vertrauen auszusprechen, an.

Als Gegenmaßnahme gegen einen Antrag Nordhausen, den langjährigen Vorsitzenden Knoll, der jetzt dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes angehört, auszuscheiden, beschloß der Verbandstag gegen 4 Stimmen, Knoll den Ehrenvorsitz im Verband zu übertragen. Außerdem wurde die Wegverlegung des Ausschusses von Leipzig beschlossen.

Alle Anträge der Opposition wurden abgelehnt. Über den Verlauf dieser Tagung werden wir in einigen Tagen zusammenfassend berichten.

Die Eisenbahnbeamten und Arbeiter zur Leistungsfähigkeit der Eisenbahnbetriebe.

In einer Konferenz der organisierten Eisenbahnbeamten und Arbeiter des Direktionsbezirks Essen gelangte nach einem einmütigen Bescheid des Genossin Haas über die Steigerung der Leistungsfähigkeit im Eisenbahnbetriebe und einer dem Vortrag folgenden Beschlusse eine Resolution zur einstimmigen Annahme, in der es heißt:

„Die in Essen versammelten Vertreter der organisierten Eisenbahnbeamten und Arbeiter des Direktionsbezirks Essen sind einmütig der Ansicht, daß im Interesse unserer Volkswirtschaft eine bedeutende Steigerung der Leistungsfähigkeit der Eisenbahnbetriebe unbedingt erforderlich ist, und erklären sich bereit, über alle dazu geeigneten Maßnahmen nachdrücklich zu unterstützen.“

In der beschlossenen schematischen Einführung einer neunten Arbeitsstunde können sie jedoch kein geeignetes Mittel erblicken, da dadurch eine allgemeine Verringerung der Leistungsfähigkeit aufkommen würde. Gegen eine derartige Absicht würden sich die organisierten Eisenbahnbeamten mit allen Mitteln zur Wehr setzen.

Die Konferenz erklärt in einer Ausdehnung der Arbeitszeit auch deswegen keine durchgreifende Maßnahme zur dauernden Hebung der Produktion, da bei den gegenwärtigen Ertragsverhältnissen eine intensive Arbeit von 8 Stunden die Hälfte wüßig verbraucht, und fast eine solche nicht für notwendig, da die Möglichkeit gegeben ist, durch Reueinstellungen von geeigneten Arbeitkräften, die bei anschließender Behandlung und Wahrung genügend zu bekommen sind, eine bedeutende Steigerung der Produktion zu erzielen ist. Hierbei ist besonders dringend zu fordern, daß die vom Eisenbahnminister wiederholt angeforderte Wiedereinstellung der zur Arbeit entlassenen Gewerkschaftsmitglieder umgehend erfolgt.

Weiter ist die Konferenz der Ansicht, daß bei einer sofortigen Disposition der vorhandenen Stellen der Wagenumlauf so geregelt werden kann, daß dem Verkehr genügend Fahrzeuge gestellt werden können. Die Mitwirkung von Vertretern der in Frage kommenden Berufsgruppen ist dabei notwendig.

Wenn zur Hebung von Verkehrsbeschwerden (Lederarbeit) notwendig sein sollte, dann muß dieselbe höher und höher zu gehen und müssen die Bedienten mit Lebensmitteln besonders beliefert werden.

Zur dauernden Besehung der Verkehrsbeschwerden, um vor allem den chronischen Lokomotivmangel zu beseitigen, muß in den Werkstätten schnellstens eine durchgreifende Wende der Arbeitsleistung eingeleitet werden, die immer noch fehlenden Werkzeuge und Materialien beschafft und die technischen Einrichtungen bedeutend verbessert werden. Besonders wichtig bedauert die Konferenz, daß seitens der Eisenbahndirektion in letzter Zeit wiederholt einschneidende Maßnahmen getroffen wurden, ohne vorher mit den zuständigen Gewerkschaftsleitungen darüber zu verhandeln. Gernbezu verwirklicht ist die in letzter Zeit üblich gewordene Methode, wonach betriebsmäßig verfuhr, die für die Bedienten nachteiligen Anordnungen den Gewerkschaftsleitungen in die Schuhe zu schieben. Eine einseitige Willkürherrschaft, wie sie gegenwärtig in diesen Betrieben üblich ist, kann kein dauernd friedliches Verhältnis schaffen.

Die Konferenz erklärt es für unumgänglich notwendig, die Gehälter und Löhne der Eisenbahnbedienten umso mehr den Teuerungsverhältnissen anzupassen. Die so notwendige Arbeitsfreudigkeit kann nicht vorhanden sein, wenn dem Bedienten die Mittel zur Erhaltung der Körperkräfte fehlen und Frau und Kinder zu Hause verhungern.

Wenn die in einem Teil der hiesigen Presse erhobenen Anschuldigungen, wonach die Verkehrsbeschwerden auf die Arbeitsunlust der Eisenbahner zurückzuführen sei, erhebt die Konferenz einseitigen Einspruch. Die große Masse der Eisenbahner ist sich ihrer Pflicht gegenüber der Allgemeinheit wohl bewußt und wird dieselbe gern und voll erfüllen, wenn auch die Geschäftslage widerstrebt.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände.

Am 11. März in Berlin ihre Mitgliederversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht Dr. Tänglers geben wir zur Information unserer Leser das Bemerkenswerteste hier wieder:

Der Abschluß von Kollektivverträgen erfordert eine gewaltige Arbeitsleistung der Arbeitgeberverbände. Die sozialpolitische Gesetzgebung nahm einen großen Umfang der Tätigkeit der Vereinigung in Anspruch. Den Bestrebungen auf Durchführung des Arbeitsvertragsrechts, auf Einführung des Rätegesetzes in den Betrieben und auf mehr oder weniger Aufhebung des Unternehmerprivats hat sich die Vereinigung mit allem Nachdruck widersetzt, „leider“ nicht immer mit

Erfolg. Sie ist hierbei allein von dem Gedanken ausgegangen, daß die allererste Notwendigkeit für unseren wirtschaftlichen Wiederaufbau die Hebung der Produktion ist und daß dieses nur bei Erhaltung eines freien Unternehmerhandes und der Entfaltung freier Unternehmerinitiative möglich ist.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände beschäftigte sich im vergangenen Berichtsjahre auch fortwährend mit ihrem organisatorischen Ausbau. Für die großen Länder Sachsen und Bayern wurden im Einzelnen mit den beteiligten Verbänden Landesstellen der Vereinigung in Dresden und München, für das besetzte Gebiet ein besonderes Regionalbüro in Berlin eingerichtet. Auch sonst ist der bestmögliche Zusammenhalt von ihr gefördert worden. Der Mitgliederbestand der Vereinigung liegt von 70 unmittelbar angeschlossenen Verbänden im Januar 1910 auf 130 im Januar 1920. Die Zahl der Unterverbände betrug 575 gegen 208 im Januar 1910, die Zahl der beschäftigten Arbeiter mehr als 4 Millionen gegen 2½ Millionen des Vorjahres.

Dr. Tängler wies am Schluß des Geschäftsberichts darauf hin, daß eine Fülle von sozialen Problemen der Lösung bedarf. In erster Linie das Lohnproblem, Anpassung der Preise und demnach auch der Löhne an den Weltmarktpreis, Ausfluß der Löhne auf den Lebenshaltung, gleitende Lohnsätze, Verdrängung des Familienstandes bei der Entlohnung usw. All diese Fragen erfordern eine klare Stellungnahme der Arbeitgeberverbände. Dies aber ist nur möglich durch genaue Erforschung der tatsächlichen Verhältnisse und Wirkungen. Aufgabe der Deutschen Arbeitgeberverbände ist es, die Grundlagen der Arbeit mit aufzuräumen zu helfen. Sie müssen die Bedingungen schaffen, zu denen die Arbeit geleistet werden kann; sie müssen den unberechtigten Versuchen zur Störung der friedlichen Arbeit, zur Hemmung der Produktion und zur ungerechten Beschränkung ihrer Auswertung entgegenzutreten. Sie hierbei durch die Macht des Zusammenstehens zu stärken und zu stützen, ist nach wie vor Aufgabe und Ziel der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Im Anschluß an diesen Geschäftsbericht wurde zur Frage der Zusammenarbeit mit dem Reichsverband der Deutschen Industrie, zu sozialpolitischen schwebenden Vorlagen, zu Fragen aus der Tarifvertragsproblematik sowie zu der Frage einer einheitlichen Organisation der Streitversicherung Stellung genommen.

Buchdruckerstreik in Worms.

Seit Donnerstag befindet sich das ganze Druckereipersonal der Wormser Zeitungen im Ausstand; die Zeitungen können daher nicht erscheinen.

Hat sich die Reichler Arbeiterschaft den französischen Gewerkschaften angeschlossen?

Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt:

Die „Reichler Zeitung“ hat vor einiger Zeit die Nachricht gebracht, die Reichler Arbeiterschaft habe sich zur besten Wahrung ihrer Interessen französischen Gewerkschaften in Straßburg angeschlossen. In dieser Form ist die Nachricht wohl übertrieben. Die Reichler Arbeiterschaft ist im Besitz einer Gesellschaft, die gleichzeitig die Straßburger Straßburger in Betrieb hat. Die Löhne der Angehörigen in Straßburg werden in Frankreich diejenigen in Reich in Reich ausgeglichen. Mit der sich hieraus ergebenden Ungleichheit der Einnahmen waren die Reichler Angehörigen unzufrieden. Sie hatten sich deswegen vor kurzem an die Regierung in Karlsruhe gewandt. Die Verhandlungen über die Angelegenheit, die zuerst im Reichsamt für Arbeit und Beschäftigung geführt wurden, sind noch in der Schwebe. Ein Beschluß der Reichler Arbeiterschaft, sich den französischen Gewerkschaften in Straßburg anzuschließen, ist weder gefaßt worden noch irgendeine in Aussicht genommen.

Berlin. Für den Redaktion. Letzt: Peter Müller, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Glöde, Berlin. Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin.

Deutscher Eisenbahner-Verband

Verwaltungsstelle Groß-Berlin.

Am Sonnabend, den 13. März, nachmittags von 4 bis 6 Uhr, und Sonntag, den 14. März, von vorm. 10 bis nachm. 3 Uhr, findet die

Wahl zur Ortsverwaltung

der Ortsgruppe Groß-Berlin in folgenden Bezirken statt:

Ostend: Steinhilber, Rindow, Altonaer Str. 54. Hüb. a. Siedlerstr. Sonntag, 14. März, 10 Uhr, Schulstraße, Schulhaus, Berlin. Hüb. a. Siedlerstr. 54. Hüb. a. Siedlerstr. 54.

Südostend: Birkner, Berlin, Grolshofer Str. 52. Wolffs Gesellschaftshaus, Potsdam, Rindowstr. 41.

Süd: Eber ein, Tempelhofer, Schöneberg, Ostendstraße, Weiden: Grimm, Rindow, Charlottenburg, Rindow, Rindowstraße 51. Rindow, Berlin, Rindow Str. 42.

Nordend: (Verein) Rindow, Berlin, Rindow, Rindowstr. 42. Rindow, Berlin, Rindow, Rindowstr. 42.

Bei der Wahl ist das ordnungsgemäß geführte Mitgliedbuch vorzulegen.

Die Wahlkommission der Verwaltungsstelle Groß-Berlin des D. G. B. Ostendener 10.

Almetalle, Lumpen, Papier, Eisen

kauft flüssig in höchsten Preisen

H. Samuelsohn, Berlin O 26, Naunynstraße 38, an der Oranienburger Straße, Moritzplatz 4500.

Kupfer, Zinn, Eisen, Zink und Blei, auch Gold und Silber kauft über Tagespreise

Althandlung Rindowstr. 48.

Reinzinn

verkaufte, erfragen Sie bei mir den Preis! Der Weg lohnt sich!

Metallhandlung, Charlottenburg, H. a. Siedlerstr. 54, Hüb. a. Siedlerstr. 54, Hüb. a. Siedlerstr. 54.

Elektro-Motore

Getriebe-Drumms-Prüfung

Spezialmaschinen, Charlottenburg, H. a. Siedlerstr. 54, Hüb. a. Siedlerstr. 54, Hüb. a. Siedlerstr. 54.

Boehhandlung Vorwärts

G. m. b. H., Berlin, Rindowstr. 42.

Aus erster Hand

reelle dreite, Matrizen zu bekannt billigen Preisen

Ruhleben 1, 1/2 M. an, Rindowstr. 42, Holzbeckenpassage, Feldstraße 50 M. Rindow, SW, Rindowstr. 42.

Verkäufe

Wäsche und Bekleidungsartikel zu sehr billigen Preisen

Wäsche, Bekleidungsartikel, Charlottenburg, H. a. Siedlerstr. 54, Hüb. a. Siedlerstr. 54, Hüb. a. Siedlerstr. 54.

Möbel

Wohnzimmer, Esszimmer, Schlafzimmer, Küche, Bad, etc.

Möbel, Charlottenburg, H. a. Siedlerstr. 54, Hüb. a. Siedlerstr. 54, Hüb. a. Siedlerstr. 54.

Almetalle!

Kupfer, Zinn, Eisen, Zink und Blei, auch Gold und Silber kauft über Tagespreise

Althandlung Rindowstr. 48.

KUHL-PIANOS

Verkauft direkt ab Fabrik-Magazin

N 31, Watt Nr. 17-18

Reinzinn

verkaufte, erfragen Sie bei mir den Preis! Der Weg lohnt sich!

Metallhandlung, Charlottenburg, H. a. Siedlerstr. 54, Hüb. a. Siedlerstr. 54, Hüb. a. Siedlerstr. 54.

Küchen

Einleitfaden für Lehrende, Lernende

Preis geb. Mk. 6,-

Brillanten Juwelen

Brillanten, Juwelen, Schmuck

Brillanten, Juwelen, Schmuck, Charlottenburg, H. a. Siedlerstr. 54, Hüb. a. Siedlerstr. 54, Hüb. a. Siedlerstr. 54.

Metalankaufsstelle Osten

Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.

Metalankaufsstelle Osten, Charlottenburg, H. a. Siedlerstr. 54, Hüb. a. Siedlerstr. 54, Hüb. a. Siedlerstr. 54.

Small text at the bottom of the page, likely containing publication details or contact information.